



## Erläuterungen zur Mustervorlage B1

-

### "Über-/Unterführungsbauwerk, Einfach, Variante Eigentum Bund/Fahrbahn Kanton"

#### Anwendungsbereich:

Diese Mustervorlage - bestehend aus lediglich 2 Seiten - soll es ermöglichen, eine grosse Anzahl von Standardfällen speditiv und summarisch abzuarbeiten. Es handelt sich um diejenigen Objekte, welche Bestandteile der Nationalstrasse sind und wo das Bauwerk ausschliesslich die Nationalstrasse quert.

Sie findet somit Anwendung bei den "normalen", einfachen Über- oder Unterführungsbauwerken (einfache Eigentumsverhältnisse und keine weiteren Beteiligten als Bund und Kanton).

Sie kann aber auch angewendet werden, wenn die vertragliche Regelung mit einer anderen Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts (z.B. Gemeinde) abgeschlossen werden soll. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn zwischen dem Kanton als bisherigem Eigentümer und der Gemeinde gestützt auf eine gesetzliche Bestimmung des kantonalen Rechts bisher keine Vereinbarung abgeschlossen werden musste.

Sie findet weiter auch dann Anwendung, wenn das Bauwerk nebst der Nationalstrasse seitlich geführte schmale Flur- oder Fusswege quert (siehe dazu Faktenblatt NSV Art. 2b in den Hilfsmittel). In diesen Fällen wäre es unverhältnismässig, dem Kanton oder der Gemeinde Kosten am baulichen und betrieblichen Unterhalt aufzuerlegen.

Demgegenüber findet diese Mustervorlage **keine** Anwendung,

- wenn das Bauwerk nicht Bestandteil der Nationalstrasse ist (z. B. weil es nachträglich durch den Kanton erstellt wurde, siehe Art. 2, Buchstabe b NSV) -> in diesem Fall ist die Vorlage B3 anzuwenden,

oder

- wenn das Bauwerk nebst der Nationalstrasse andere Strassen oder Flüsse etc. überquert. Diesfalls dient das Werk auch den Interessen des Kantons und dieser hat sich dementsprechend an den Kosten zu beteiligen. Es findet Mustervorlage B2 Anwendung,

oder

- wenn es der Kanton ausdrücklich wünscht, auch in diesen Fällen den Standard-Vertrag (Mustervorlage A) zu verwenden. In diesem Falle ist darauf zu achten, dass die von der Standard-Version abweichenden Bestimmungen übernommen werden.

## Allgemeine Hinweise zur Erstellung des Vertrags

Für jedes Objekt ist ein einzelner Vertrag zu erstellen. Sammelverträge oder Rahmenverträge sind nicht zulässig. Zudem sind folgende Besonderheiten zu beachten:

- **Grau hinterlegte Felder** sind zwingend in jedem Falle zu ergänzen;
- *kursiv* dargestellte Felder sind individuell anzupassen oder zu beschreiben.

Von den übrigen Bestimmungen/Feldern darf ohne Einverständnis des Bereichs RDL nicht abgewichen werden. Ergänzungen auf Wunsch der Vertragspartner sind jedoch grundsätzlich zulässig. Es ist darauf zu achten, dass der Gesamtcharakter des Vertrags gewahrt bleibt und sich keine Widersprüche zu den vorgegebenen Texten ergeben. Die Ergänzungsvorschläge sind vor Unterzeichnung des Vertrages dem Bereich RDL zur Genehmigung zu unterbreiten.

Falls der Vertrag nicht mit dem Kanton, sondern mit einer anderen Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts abgeschlossen werden soll, ist bei der Vertragsredaktion darauf zu achten, dass der Begriff "Kanton" im gesamten Dokument entsprechend ersetzt wird.

## **Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen:**

### **Ziffer 1: Ausgangslage**

Keine weiteren Erläuterungen notwendig.

### **Ziffer 2: Objektbeschreibung**

Hier ist das gesamte Objekt (inkl. Stützbauwerke, Widerlagerbauwerke mit Schleppplatten, Geländer, Leiteinrichtungen, Absturzsicherungen bei Überführungen; Wannen- und Stützbauwerke, Pumpwerke bei Unterführungen, seitliche Dämme etc.) möglichst detailliert zu beschreiben (technischer Beschrieb, Zweck etc., siehe dazu auch Faktenblatt "NSV Art. 2b - Überführungen und Unterführungen von Verkehrswegen Dritter" in den Hilfsmitteln). Für die spätere Interpretation ist zwingend ein Plan/Kartenausschnitt etc. aufzuführen, woraus das Objekt ersichtlich ist. Diese Unterlagen sind ebenfalls unter Ziffer 10 zu vermerken.

### **Ziffer 3: Eigentumsverhältnisse**

Ausgangslage bilden die Eigentumsverhältnisse gemäss Eintrag im Grundbuch. Es sind die dort aufgeführten Eigentumsverhältnisse (inkl. allfälliger Baurechtsverträge etc.) anzugeben. Ein entsprechender Auszug aus dem Katasterplan ist dem Vertrag beizulegen und unter Ziffer 10 als integrierenden Bestandteil des Vertrags aufzuführen.

Es ist jedoch zu beachten, dass das Eigentum an den Grundstücken der Nationalstrasse kraft NFA-Gesetz auf den Bund übergegangen ist. Somit kann es in Einzelfällen vorkommen, dass diese Eigentumsübertragung grundbuchlich noch nicht vollzogen wurde (grundbuchlich noch im Eigentum des Kantons) aber sich das Grundstück dennoch bereits kraft Gesetz im Eigentum des Bundes befindet. In diesen Fällen ist das unter Ziffer 3 zu präzisieren (z.B. "*... das Grundstück wird als Nationalstrassengrundstück in das Eigentum des Bundes übertragen*").

Bestehen Zweifel über die sachenrechtlichen Eigentumsverhältnisse ist der kantonal zuständige Landerwerber bzw. der Bereich RDL zu kontaktieren.

Weiter ist unter dieser Ziffer möglichst detailliert aufzulisten, was ungeachtet der grundbuchlichen Regelung vertraglich im Eigentum des Kantons verbleiben soll:

- Standardmässig ist hier die Fahrbahn, bestehend aus Deckschicht, Bindeschicht und die Entwässerungsvorkehrungen, aufzunehmen.
- Daneben ist alles aufzulisten, was sonst noch im Eigentum des Kantons verbleiben soll, wie z.B. Beleuchtungseinrichtungen, Werbungen, Sicherheitseinrichtungen, Videoüberwachungsanlagen etc. (siehe dazu auch Faktenblatt "NSV Art. 2b - Überführungen und Unterführungen von Verkehrswegen Dritter" in den Hilfsmitteln).

### **Ziffer 4: Zuständigkeiten und Kostentragung**

Hier wird einzig definiert, dass beide Vertragspartner für ihr jeweiliges Eigentum verantwortlich sind und die Kosten dafür zu tragen haben. Betreffend Fahrbahn sei hier auf Artikel 9, Absatz 1, Buchstabe a MinVV verwiesen.

### **Ziffer 5: Informationsaustausch**

Damit die Vertragsparteien über die notwendigen Arbeiten jederzeit auf dem Laufenden sind und die entsprechenden Budgets bereitstellen, Ergänzungswünsche bei Unterhaltsarbeiten einbringen können etc. ist ein ständiger Informationsaustausch, insbesondere vor Inangriffnahme grösserer Unterhaltsarbeiten, zwingend. Diese Verpflichtung soll hier vertraglich festgehalten werden.

## **Ziffer 6: Haftung**

Zu unterscheiden ist die Haftung zwischen den Vertragsparteien und die Haftung gegenüber Dritten.

Es gilt aufgrund der unterschiedlichen Eigentümerschaft/Zuständigkeiten gemäss Grundbuch und diesem Vertrag die Haftungsfragen und -folgen zwischen den Vertragsparteien zu klären. Dabei ist davon auszugehen, dass ein geschädigter Dritter seine Ansprüche gemäss den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (insbesondere Artikel 58 des Bundesgesetzes betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches [Fünfter Teil: Obligationenrecht], OR, SR 220 und/oder Artikel 679 in Verbindung mit Artikel 684 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, ZGB, SR 210) geltend machen wird.

Dementsprechend wird sich der geschädigte Dritte primär an den im Grundbuch eingetragenen Werkeigentümer (= in der Regel das ASTRA) richten. Dies auch, wenn der Schaden durch mangelhaften Unterhalt an Werksbestandteilen entstanden ist, die sich im Eigentum des Kantons befinden. Das ASTRA wird sich kaum unter Hinweis auf den vorliegenden Vertrag aus seiner Haftung befreien können. Es ist aber auch denkbar, dass sich ein Geschädigter an den Kanton richtet, obwohl der Schaden aus mangelhaftem Unterhalt von Werksbestandteilen entstanden ist, die im Eigentum des ASTRA stehen.

Gestützt auf diese Ausgangslage wird folgendes Verfahren vertraglich festgelegt:

- soweit sich Ansprüche Dritter gegen eine der Vertragsparteien richten, ist diese grundsätzlich verpflichtet, die gerichtlichen und aussergerichtlichen Verhandlungen bzw. Verfahren zu führen. Ihr steht aber dann ein Rückgriffsrecht auf die andere Vertragspartei zu, wenn der Schaden durch Nichterfüllung oder nicht richtiger Erfüllung des Vertrags durch die andere Partei entstanden ist (Regress).
- um seine Interessen einbringen zu können, ist dem Regressbelasteten das Recht einzuräumen, seinerseits seine Argumente einzubringen und auf das Verfahren/die Verhandlungen einzuwirken.
- im gegenseitigen Einverständnis kann die Verhandlungsführung vollumfänglich der regressbelasteten Partei delegiert werden. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn aufgrund der hier getroffenen vertraglichen Verpflichtungen offensichtlich ist, dass ein allfälliger Schaden durch die andere Vertragspartei verursacht wurde.

## **Ziffer 7: Übertragung**

Keine Erläuterungen notwendig.

## **Ziffer 8: Vertragsänderungen**

Keine Erläuterungen notwendig.

## **Ziffer 9: Inkrafttreten und Dauer**

Keine Erläuterungen notwendig.

## **Ziffer 10: Anhänge**

Hier sind in den bisherigen Ziffern (insbesondere unter Ziffern 2 und 3) aufgeführten Dokumente anzuführen.